

Aus Rezensionen

Erich Schmidt-Eenboom*: Ein Kompendium zur Abwehrarbeit des MfS
Notorische BND-Sympathisanten werden das opulente Werk in die Kategorie »Memoiren aus dem Stasi-Milieu« (Karl Wilhelm Fricke) einordnen, schon weil sie glauben, sich so der akademischen Pflicht zur Auseinandersetzung mit den gegenläufigen Informationen und Wertungen entziehen zu dürfen. Ignoranz jedoch haben die vor allem sachlichen Beiträge nicht verdient. Je tiefer man sich in die Einzeldarstellungen hineinliest, desto mehr erweisen sie sich als ein notwendiges Gegengewicht zu einer vorurteilsbeladenen MfSPublizistik.
(...)

Die bisher öffentlich kaum thematisierten Spannungen zwischen SED und MfS schlagen an vielen Stellen des Buches durch. Das MfS war nicht etwa nur Schild und Schwert der Staatspartei, sondern auch ihr Lückenbüßer und Opfer, wurde zu »Ersatzhandlungen für politische Defizite« herangezogen und litt unter einer »ausufernden Aufgabenübertragung«, die dem ab 1990 propagierten Zerrbild von der Allmacht der Stasi Vorschub leistete. (...) Den wohl polemischsten Beitrag »Zur Sicherung der politischen Grundlagen der DDR« legt Wolfgang Schmidt vor, der »Selbstherrlichkeit, Realitätsverlust und Arroganz« der SED ebenso scharf tadelt wie westliche Medien. Er beschreibt und rechtfertigt die Arbeit der Hauptabteilung XX, »dem eigentlichen Zentrum der Staatssicherheit«, mit dem Auftrag und nicht aufgegebenen Anspruch, in zahlreichen Sicherungsbereichen vom Sport über Kultur bis zu den Kirchen das öffentliche und halböffentliche Leben in der DDR unter Kontrolle zu halten. Weder die Hinweise auf die antifaschistische Arbeit gegen jugendliche Rechtsradikale noch die Verweise auf eine kleine Minderheit von nur 300 Bürgerrechtlern und deren Kontakte zu westlichen Geheimdiensten können jedoch über die ganze Fragwürdigkeit des Überwachungsapparates hinwegtäuschen. Daß die XX die Aktivitäten kleiner Gruppen als »politische Untergrundtätigkeit« glaubte verfolgen zu müssen, bleibt der Menschenrechtsverletzung geschuldet, daß die SED eine politische Betätigung und Organisation von Andersdenkenden nicht zuließ. (...) * Prof. Dr. Erich Schmidt-Eenboom ist anerkannter Geheimdienstexperte und leitet das Forschungsinstitut für Friedenspolitik in Weilheim/Bayern. Seine Rezension erschien am 4. Mai 2002 in »Neues Deutschland«

592

Wolfgang Clausner*: Ein Widerwort gegen Zeitgeist-Lügen
(...) Die 1990 als Staat liquidierte DDR soll auch geistig ausgemerzt werden. Jede Erinnerung an die politischen, sozialen und kulturellen Errungenschaften des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden gilt den derzeitigen Machthabern der Bundesrepublik – gerade angesichts wachsender sozialer Konflikte – als gefährlich. Die Zielvorgabe für Politik, Medien wie sämtliche sonstigen Instrumente der Meinungsbeeinflussung lautet deshalb, so seinerzeit aus Ministermund verkündet: Delegitimierung der DDR. Unter den Mitteln, die zu diesem heiligen Zweck zur Anwendung kommen, genießt eines sichtlich Vorzugsstellung: die sogenannte Stasi-Problematik. Von der »Abrechnung« mit dem Ministerium für Staatssicherheit und dessen nachgeordneten Dienststellen versprechen sich die Delegitimierer aus mehreren Gründen überdurchschnittliche Effekte: Von der Geheimdienstthematik geht jener gewisse Reiz aus, den Enthüllungen über bislang Verborgenes besitzen und der die Neugier eines breiten Publikums zu befriedigen verspricht. Im konkreten Fall verheißt er sogar ein Erlebnis von Einmaligkeit. (...) Dem mit solchen »Enthüllungen« versorgtem Publikum wird suggeriert, es sei »flächendeckender Ausspähung« ausgesetzt und ergo »Opfer« des MfS gewesen. Solcherart erzeugte Stasi-Phobie gilt als probates Mittel, mit dem einstige DDR-Bürger dazu gebracht werden könnten, sich nun auch innerlich von ihrem untergegangenen Staat zu lösen, auf Distanz zur eigenen Biographie zu gehen und in der Bundesrepublik »anzukommen« – auch wenn ihnen das nur als Neubundesbürger zweiter Klasse zugestanden wird. Der Aufwand ist beträchtlich, mit dem das politische Establishment der Bundesrepublik dieses Geschäft betreibt. Mit dem sogenannten Stasi-Unterlagengesetz hat es sich die legislative Gewerbegenehmigung dafür selbst besorgt.
(...)
Diesem Treiben stellt sich diese zweibändige Publikation entgegen. Dies durchaus in dem Wissen darum, daß derzeit keine »Waffengleichheit« besteht

in der Auseinandersetzung mit der Gegenseite, die über schier unbegrenzte Mittel und Manipulationsinstrumente verfügt, um ihr angemessenes Deutungsmonopol in Sachen DDR-Staatssicherheit politisch zu nutzen. Der Flut von Diskriminierung und Verleumdung, von Verfälschung und Lügen stellen nun Autoren ihre Sicht gegenüber, die sich dabei vor allem auf eines berufen können: Sie sind in dieser Sache unbestreitbar kompetenter als die »Erben« des MfS-Nachlasses. Denn sie waren – dies zumeist über Jahrzehnte – in leitenden Funktionen des Ministeriums für Staatssicherheit

593

der Deutschen Demokratischen Republik tätig. Damit kennen sie die Materie jedenfalls besser, als es die nunmehrigen Ausdeuter von sich behaupten können.

Die Sicht dieser sogenannten Insider ist dabei nicht die von neutralen Beobachtern. Sie sind, eingestandenermaßen, in der Sache natürlich Partei. Was kein Hindernis darstellen muß für das Bestreben, gegebene Sachverhalte sachlich darzulegen und zu bewerten. (...)

Auch wenn der große gesellschaftliche Versuch Sozialismus in unserem wie in anderen Ländern zunächst gescheitert ist: Der Fundus an Erfahrungen, die bei seinem Aufbau gesammelt wurden, positiven wie aber auch negativen, die als Ursachen seiner Niederlage erkannt werden müssen, wird weit in die Zukunft hinein Wirkungen hinterlassen. Er wird sich für künftige Generationen als von unschätzbarem Wert erweisen, wenn sie – aus dem Scheitern ihrer Vorgänger lernend – sich dereinst neuerlich anschicken werden, eine ausbeutungsfreie, menschlichere Gesellschaft zu erkämpfen und zu vollenden.

* Wolfgang Clausner in: Weißenseer Blätter. Herausgegeben im Auftrag des Weißenseer Arbeitskreises (Kirchliche Bruderschaft in Berlin-Brandenburg), 3/2002

594

Karl Wilhelm Fricke*: Selbstverklärung und Realität der DDR-Staatssicherheit
Ein voluminöses Werk über die sogenannte Abwehrarbeit des Ministeriums für Staatssicherheit in zwei Bänden, verfaßt von 20 ehemaligen Nomenklaturkadern des MfS, von elf Generälen, fünf Obersten und vier Oberstleutnanten – das macht neugierig und gespannt. (...) Überraschen kann das nicht, denn die vier Herausgeber haben wie ihre Autoren nicht nur jahrzehntelang verantwortliche Funktionen im Apparat der Staatssicherheit ausgeübt – das prägt Sprache und Mentalität –, sie sind in ihrer politisch-ideologischen Grundeinstellung auch durch ihr Studium an der Potsdamer Kadenschmiede nachhaltig so diszipliniert worden, daß sie heute jenseits jeden Unrechtsbewußtseins ideologisch voreingenommen, politisch intransigent und rechthaberisch allenfalls eigene Fehler und Irrtümer, aber keine Schuld eingestehen und zutiefst bedauern, daß ihnen die totale Vernichtung ihrer Akten nicht gelungen ist. (...) Daß sie im Jahre zwölf der deutschen Einheit ohne Scham und Schuldbewußtsein die Legendenbildung der Staatssicherheit bedienen können, muß nicht nur einst Verfolgte irritieren. Unerfindlich ist in diesem Kontext, wie der frühere CDU-Politiker Peter Michael Diestel, letzter DDR-Innenminister, heute Rechtsanwalt, in einem als »Plädoyer« aufgeschminkten, höchst provokativen Vorwort einer Polemik gegen die »sogenannte Gauck-Behörde« den impertinenten Satz zufügen kann: »Deren Opfer bleiben ebenso unvergessen wie die des MfS.« (...) Generell ist festzustellen, daß der Informationsgehalt des Werkes unbestreitbar ist (...).

* Karl Wilhelm Fricke, Köln, in: DeutschlandArchiv 5/2002

595

Horst Schneider*: Die »tschekistische Elite« entzaubert sich selbst
(...) Fricke hält das Buch für eine Provokation. Hat nicht jeder Angeklagte, erst recht Verleumdete, das Recht auf Verteidigung seiner Ehre und Würde? Wie viele Bücher, Artikel, Reportagen, Prozesse, Ausstellungen, Veranstaltungen, Führungen in Gedenkstätten und andere »events« gibt es seit der Wende zum Thema Staatssicherheit der DDR? Welches andere Thema nahm und nimmt noch immer einen herausgehobenen Platz in den Medien ein? Das Erstaunliche dabei ist: Die Staatssicherheit der DDR – im Unterschied z. B. zum Land Putins (auch der ungarische Premier Peter Medgyvessi, der Ungarn in die EU führt, war von 1977 bis 1982 laut Spiegel 26/2002 Offizier bei der ungarischen Spionageabwehr – wurde zum Sündenbock für alles und jedes, wobei allerdings im Vergleich zum biblischen Sündenbock eine

große Zahl von Menschen betroffen war und ist, die laut Grundgesetz auch Anspruch auf Achtung ihrer Menschenwürde hat. Allein dreitausend Mitarbeiter der Gauck-Birthler-Behörde (BStU) sind aufgeboten, die »Stasi-Strukturen« zu enthüllen. Vor der Flut der »Enthüllungen«, die 1990 mit durchschaubarem politischen Kalkül begann, hatten viele Politiker – u. a. der Bundespräsident, Egon Bahr, Friedrich Schorlemmer und Gräfin Dönhoff – gewarnt. Richard von Weizsäcker erklärte am 20. Februar 1992, wohl nicht zufällig in Bautzen: »Die Akten bringen immer die Sicht des Auftraggebers. Sie lügen darin nicht, sind aber einseitig und müssen bewertet werden. Sie sind keine objektive oder moralische Instanz und keine unwiderlegbaren Verurteilungsbeweise. Die Menschen wollen Aufklärung, nicht Abrechnung. Die Wahrheit soll ans Licht, damit Aussöhnung und Frieden möglich werden. Das geht nur durch Differenzierung. Pauschalurteile führen nicht zur Einsicht, sondern zur Verstockung. Pressefreiheit ist und bleibt ein entscheidender Bestandteil unserer Freiheit. Als Verleumdungsfreiheit darf sie nicht mißbraucht werden. Aus der leidvollen Geschichte der DDR ein Objekt für Mediengeschäfte mit gekauften Akten und reißerischer Verbreitung von Angst und Feindschaft zu machen, ist ein widerwärtiger Skandal. Es darf nicht sein, daß die einen verdienen, die anderen verzweifeln.« (...)

Die Autoren von »Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS« nahmen lediglich das Recht jedes Angeklagten, in diesem Fall Verleumdeten, in Anspruch, sich sachlich zu verteidigen. Wem der Brei aus der Küche Gauck und Birthler geschmeckt hat, wird nach dem Verzehr der nunmehr vorliegenden Insiderkost merken, welche giftigen Zutaten er bisher zu sich genommen hat. (...)

596

Die Autoren weichen auch heiklen Fragen nicht aus, z. B. der Frage der Kontakte westlicher Geheimdienste zu »Oppositionellen« und »Dissidenten« und der Zusammenarbeit westdeutscher Journalisten mit Geheimdiensten. Die überzeugende und inhaltsreiche Argumentation endet mit zwei wichtigen Feststellungen: »Die Praxis, Handlungen des MfS und seiner Angehörigen mit dem Rechtsverständnis der BRD zu messen und zu beurteilen, widersprechen internationalem Recht und auch dem Grundgesetz. Gemessen an der Aufgabe des MfS, im Zusammenwirken mit allen Schutz-, Sicherheits- und Rechtspflegeorganen, mit allen gesellschaftlichen Kräften und mit den Bürgern, die DDR und das friedliche Aufbauwerk von Generationen zu schützen, haben wir letztlich mit versagt. Aber bei aller selbstkritischen Sicht: Auch die wirksamste Tätigkeit von Schutz- und Sicherheitsorganen und auch der beste Geheimdienst können niemals und nirgendwo jene existentiellen Defizite ausgleichen, die Politik verursacht und die, so sie politisch nicht behoben werden, mit zum Scheitern führen.« Das dürfte auch künftig richtig sein. Reinhard Grimmer und Werner Irmeler analysieren »Hauptaufgaben und Methoden der Abwehr«, was den »Informationskrieg« und die psychologische Kriegführung einschließt. Sie bestreiten nicht, daß es Fehleinschätzungen und Fehlentscheidungen gab, für die nicht in jedem Fall die Schärfe des kalten Krieges verantwortlich gemacht werden können. Sie stellen fest: »Wir bedauern es, wenn Personen ungerechtfertigt von repressiven Maßnahmen des MfS betroffen waren.« (...)

* Prof. Dr. Horst Schneider, Dresden, aus der Replik auf den Beitrag von Karl Wilhelm Fricke, Köln, »Selbstverklärung und Realität der DDR-Staatssicherheit«, in: DeutschlandArchiv 5/2002

597